StOAR Idel stellt den Haushalt 2021 und das Investitionsprogramm 2021 – 2024 vor und beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

RM Bruns teilt mit, dass er gegen die Einstellung des Versandes der Grundsteuerbescheide als Dauerbescheide ist, da den Bürgern dadurch weniger Dienstleistung geboten werde. Seiner Meinung nach sollen die Bescheide elektronisch versandt werden.

Die CDU wird dem Haushalt nicht zustimmen, da die langfristigen Schulden von geplanten 18 Mio. Euro im Februar 2020 auf rd. 30 Mio. Euro in den nächsten Jahren ansteigen werden. Entgegen der Bitte des Vorsitzenden um Haushaltsdisziplin geben die Fachausschüsse immer noch mehr Geld als geplant aus.

Bei der Aufstellung des Haushaltes ist kein Sparwille zu erkennen.

Er weist darauf hin dass die CDU in der AG Haushalt vorgeschlagen hat, die freiwilligen Leistungen pauschal um 10 % zu kürzen. Außerdem solle der Kita-Vertrag mit dem Landkreis gekündigt und das Bürgerhaus im Bestand saniert werden. Auf Anregung der CDU wurde der Masterplan überarbeitet und der die Verpachtung des Campingplatzes vorbereitet.

RM Just sagt, dass die freien Bürger dem Haushaltssicherungskonzept zustimmen, da in den kommenden Jahren bis zu drei Mio. Euro Einnahmeverbesserung durch die Beteiligung des Landkreises an den Kita-Kosten eingeplant sind. Seiner Meinung nach ist das wichtigste Ergebnis der Arbeitsgruppe Haushalt, dass vier von fünf Fraktionen bereit sind, den Kita-Vertrag mit dem Landkreis zu kündigen.

Weiterhin stimmen die Freien Bürger dem Investitionsprogramm zu. Die Kita und die Krippe Jungfernbusch müssen gebaut und das Bürgerhaus saniert werden. Durch die Verbesserung des vorläufigen Jahresergebnisses 2021 werde auch die Kreditaufnahme sinken.

Dem Ergebnishaushalt werden die freien Bürger nicht zustimmen, da keine Einsparvorschläge gemacht wurden. Er schlägt vor, beim Pferdestall und in der Schulsozialarbeit Kosten einzusparen.

Dem Gesamthaushalt werden die freien Bürger wegen der geplanten Verbesserung bei den Kitazuschüssen zustimmen.

RM Heiden entgegnet, dass die UWG dem Haushalt wegen zu hoher freiwilliger Leistungen nicht zustimmen wird. Er schlägt vor, die freiwerdenden Stellen im Pferdestall nicht wieder zu besetzen und hält den Ansatz von bis drei Mio. Euro für die Kitakostensenkung für wagemutig, da der Landkreis seiner Meinung nach mit Hinweis auf die hohen freiwilligen Leistungen der Stadt nicht auf die Schortenser Verhandlungsangebote eingehen wird.

Dem Investitionshaushalt werde die UWG wegen der Investitionskosten für die Sportanlage Klosterpark nicht zustimmen.

RM Ottens meint, dass er dem Investitionshaushalt zustimmen werde, da die Maßnahmen Bürgerhaus, Turnhalle Sillenstede, Gewerbegebiet Branterei und die Innenstadtverschönerung umgesetzt werden müssen. Im Teilhaushalt 12 sollte die Schulhofsanierung Oestringfelde für 400.000 € nicht umgesetzt werden und bittet die Verwaltung, dieses zu prüfen.

Der Ergebnishaushalt ist nicht tragbar. Im ersten Entwurf betrug das Defizit noch 1,566 Mio. Euro und es war vereinbart, dass in den Fachausschüssen keine höheren Ausgaben dazu

kommen sollten. Er hält den Teilhaushalt 12 mit zusätzlichen Ausgaben in Höhe von 450.000 € für den Kostentreiber und den zusätzlichen Ansatz von 50.000 € für den Teilhaushalt 21 sieht er kritisch.

Er erkennt keinerlei Sparwillen in der Verwaltung. Die Verwaltung soll mit dem Geld aus dem ersten Haushaltsentwurf auskommen.

BM Böhling zeigt sich erfreut, dass sich der vorläufige Jahresabschluss 2020 auf ein Defizit von -400.000 € verbessert habe. Dennoch bleibe ein Defizit bestehen. Der Ergebnishaushalt muss Überschüsse erwirtschaften, um daraus die Investitionen finanzieren zu können. Dieses muss das Ziel für die nächsten Jahre sein.

In den Vorjahren hat die Stadt viel Geld für die Kitas ausgegeben, was durch die Verhandlungen mit dem Landkreis verbessert werden muss.

RM Just beantragt, über die drei Beschlussvorschläge einzeln abzustimmen und einen zusätzlichen Beschluss über den Ergebnishaushalt zu fassen.

Der Vorsitzende fragt, ob der Ausschuss die Senkung des Defizits von 1,8 auf 1,566 Mio. € beschließen kann.

BM Böhling erläutert, dass dieses nicht möglich ist, da die Fachausschüsse über die Teilhaushalte beschlossen haben und dort keine Anträge seitens der Politik zur Senkung des Defizits gestellt wurden.

Letztlich ist die Abstimmung über den Gesamthaushalt entscheidend. Er ergänzt, dass es Aufgabe der Politik sei, Vorschläge zur Kosteneinsparung zu machen und die Verwaltung mit der Prüfung zu beauftragen.

RM Bruns und RM Ottens entgegnen, dass es Aufgabe der Verwaltung sei, Vorschläge zur Kosteneinsparung zu machen und diese der Politik zur Beratung vorzulegen.

RM Müller beantragt eine Sitzungsunterbrechung zur Beratung.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung teilt er mit, dass die SPD-FDP-Gruppe dem Haushalt zustimmen wird, sofern das Defizit auf den ursprünglichen Ansatz von -1,566 Mio. Euro gesenkt werde.

Nach Meinung von RM Bruns ändere die Senkung des Defizits nichts an der Gesamtsituation und der Erhöhung des Schuldenstandes. Daher werde die CDU den Haushalt weiterhin ablehnen.

RM Just fragt, warum die CDU nicht die angesprochene Kürzung der freiwilligen Leistungen um pauschal 10 % beantragt.

Nach Auffassung von RM Bruns ist es Aufgabe der Verwaltung, Kosteneinsparungen zu ermitteln.

Dieser Auffassung widerspricht BM Böhling, die Liste der freiwilligen Leistungen liegt vor. Der Politik obliegt die Entscheidung, wo gekürzt werden soll.

Der Vorsitzende beantragt, dass die Verwaltung bis zur Ratssitzung einen Haushalt mit einem Defizit von max. 1,566 Mio. Euro im Ergebnishaushalt vorlegen soll.

Der Antrag wird bei drei Gegenstimmen mehrheitlich angenommen.

RM Ottens verweist auf den Prüfauftrag, im Investitionshaushalt die Notwendigkeit der Sanierung des Schulhofes der Grundschule Oestringfelde für 400.000 € zu prüfen.

Nach weiterer Diskussion ergehen folgende Beschlussvorschläge:

Der Rat möge beschließen: